

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union
(21. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Dr. Franziska Brantner, Agnieszka Brugger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/8287 –**

Für ein Europa das schützt – Soziale Absicherung europaweit garantieren

A. Problem

Die Antragstellerin erinnert einleitend daran, dass die Förderung sozialer Gerechtigkeit und sozialen Schutzes sowie die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung als Ziele der Europäischen Union in Artikel 3 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) verankert seien. Diese Ziele sicherten den sozialen Frieden innerhalb der EU. Das Versprechen eines sozialen Europas und gleicher Chancen und Teilhaberechte für alle Menschen in der EU sei noch nicht eingelöst. Gegenüber den weitreichenden wirtschaftlichen Freiheiten im Binnenmarkt seien gemeinsame Arbeits- und Sozialstandards hingegen unterentwickelt. Auch wenn die Kompetenz für die sozialen Sicherungssysteme primär bei den Mitgliedstaaten liege, könne die EU gemeinsame Mindeststandards schaffen und grenzüberschreitendes Arbeiten sozial besser absichern. Mittelfristig strebe man eine europäische Arbeitslosenbasisversicherung als automatischen Stabilisator an. Die Finanzkrise zeige, dass Europa auch immer die soziale Gerechtigkeit im Blick haben müsse. Der einseitige und harte Sparkurs in den besonders betroffenen Mitgliedstaaten habe die Lebensbedingungen vieler Menschen verschlechtert und zu steigender Unzufriedenheit gegenüber der EU geführt.

Verlässliche soziale Rechte seien Voraussetzung dafür, dass Binnenmarkt und Währungsunion im Interesse der Menschen wirkten. Die in der europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen Rechte müssten als Grundrechte gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar werden, das EU-Recht sollte den sozialen Rechten mindestens den gleichen Stellenwert wie den Grundfreiheiten einräumen. Die Europäische Säule sozialer Rechte lege 20 Grundsätze für den Euro-Währungsraum in den Bereichen Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen, Sozialschutz und Inklusion für zukünftige Initiativen fest. Die Antragsteller verlangen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung zu entsprechenden Maßnahmen auffordern möge.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/8287 abzulehnen.

Berlin, den 4. November 2020

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Gunther Krichbaum
Vorsitzender

Dr. Saskia Ludwig
Berichterstatterin

Angelika Glöckner
Berichterstatterin

Siegbert Droese
Berichterstatter

Carl-Julius Cronenberg
Berichterstatter

Alexander Ulrich
Berichterstatter

Dr. Franziska Brantner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Saskia Ludwig, Angelika Glöckner, Siegbert Droese, Carl-Julius Cronenberg, Alexander Ulrich und Dr. Franziska Brantner

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/8287** wurde in der 92. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4. April 2019 an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Federführung sowie an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller sind der Auffassung, dass innerhalb der EU die sozialpolitische Integration weiter voranschreiten sollte und gemeinsame Mindeststandards etabliert werden sollten. Die Ziele der auf dem Sozialgipfel 2017 in Göteborg proklamierten Europäischen Säule sozialer Rechte sei dafür der richtige Kompass. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, sich auf europäischer Ebene aktiv einzusetzen für

- die Ergänzung der EU-Verträge um eine soziale Fortschrittsklausel;
- die Entwicklung einer europäischen Strategie zur Armutsbekämpfung (v. a. gegen Kinderarmut);
- die Einführung einer EU-Rahmenrichtlinie mit Mindeststandards für die Grundsicherungssysteme in allen Mitgliedstaaten;
- die Einführung einer EU-Rahmenrichtlinie für Mindestlöhne in Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern zur Angleichung der Lebensverhältnisse und zum Schutz vor Armut;
- fairen Wettbewerb in Europa, auch für grenzüberschreitend tätige Beschäftigte und die EU-weite Durchsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“, kontinuierliche Weiterentwicklung der Entsenderichtlinie 2018, Einführung einer europäischen Sozialversicherungsnummer, Erleichtert Durchsetzung von Lohnansprüchen;
- gleiche Bezahlung bei gleichwertiger Arbeit zur Beseitigung der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen;
- die Demokratisierung der Wirtschaft und mehr Partizipation der Beschäftigten;
- die Einführung einer europäischen Rückversicherung der nationalen Arbeitslosenversicherungen mit Mindeststandards als Notfallinstrument in Krisenzeiten;
- die Einführung von Mindeststandards für die Gesundheitssysteme und die Altersversorgung in allen EU-Mitgliedstaaten;
- Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Jugendgarantie;
- die Verbesserung der sozialen Absicherung und Weiterentwicklung der Freizügigkeit in Europa.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 95. Sitzung am 4. November 2020 mit den Stimmen der Fraktionen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/8287 empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/8287 in seiner 75. Sitzung am 4. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 4. November 2020

Dr. Saskia Ludwig
Berichterstatlerin

Angelika Glöckner
Berichterstatlerin

Siegbert Droese
Berichterstatler

Carl-Julius Cronenberg
Berichterstatler

Alexander Ulrich
Berichterstatler

Dr. Franziska Brantner
Berichterstatler

